

A n t r a g

der Fraktion der AfD

Reform der Ausbildungsfinanzierung in den Gesundheitsfachberufen - Schulgeld für alle Gesundheitsfachberufe in Thüringen jetzt abschaffen

I. Der Landtag stellt fest:

Arbeitsmarktstatistiken für Thüringen verzeichnen gegenwärtig einen Fachkräftemangel in verschiedenen Berufsgruppen, der perspektivisch weiter zunehmen dürfte. Insbesondere Sozial- und Gesundheitsberufe sind in erheblichem Ausmaß betroffen. Angesichts einer älter werdenden Gesellschaft und der damit verbundenen Veränderungen bei den Krankheitsbildern wird die Versorgung mit Heilmitteln immer wichtiger. Gleichzeitig zeichnen sich auch in den Heilberufen bereits Fachkräfteengpässe ab. Vor diesem Hintergrund kommt der Nachwuchsgewinnung eine besondere Bedeutung zu. Diese wird allerdings dadurch erschwert, dass die meisten Absolventen nicht nur keine Ausbildungsvergütung erhalten, sondern darüber hinaus noch ein monatliches Schulgeld von zum Teil mehreren hundert Euro bezahlen müssen. Der Erlass des Schulgeldes und die damit verbundene deutliche finanzielle Entlastung der Auszubildenden ist ein Aspekt, der zur Steigerung der Attraktivität der Gesundheitsfachberufe beitragen kann.

II. Die Landesregierung wird gebeten, dem federführenden Fachausschuss Bericht zu erstatten

1. über die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe und die Eckpunkte des "Gesamtkonzepts Gesundheitsfachberufe",
2. über die Auswirkungen einer Schulgeldfreiheit auf die Haushalte der Schulträger und den Landeshaushalt,
3. über die Entwicklung der Absolventenzahlen in den einzelnen Fachbereichen der Gesundheitsfachberufe in Thüringen seit dem Jahr 2010,
4. über Anzahl und geografische Lage der Ausbildungsstätten für Gesundheitsfachberufe und deren jeweiliges Angebot an Fachberufen sowie
5. über die Höhe des Schulgeldes an den jeweiligen Schulstandorten in Thüringen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem positiven Beispiel anderer Bundesländer zu folgen und das Schulgeld für die Ausbildung in allen Gesundheitsfachberufen im Vorgriff auf eine bundeseinheitliche Regelung bereits jetzt abzuschaffen.

Begründung:

Das Bundesministerium für Gesundheit plant entsprechend dem Koalitionsvertrag, die Ausbildungen in den Gesundheitsfachberufen neu zu ordnen und zu stärken. Zu diesem Zweck wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe gegründet, welche sich am 4. März 2020 auf ein "Gesamtkonzept Gesundheitsberufe" verständigt hat. Auch das Thema Schulgeldfreiheit und damit einhergehende Finanzierungsfragen wurden erörtert. Einige Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern, Bremen, Hamburg und Berlin haben das Schulgeld bereits abgeschafft. In Sachsen-Anhalt entfällt das Schulgeld ab dem Schuljahr 2020/2021 und in Rheinland-Pfalz sind über die Hälfte der Schulen bereits zahlungsfrei. Nordrhein-Westfalen hat den Einstieg in die Schulgeldfreiheit mit ersten Maßnahmen ebenfalls auf den Weg gebracht. Um die Attraktivität des Ausbildungsstandorts Thüringen zu steigern und um eine Abwanderung junger ambitionierter Menschen in andere Bundesländer, in denen angehende Gesundheitsfachkräfte inzwischen kein Schulgeld mehr zahlen müssen, zu verhindern, sollte das Land seiner Verantwortung nachkommen und das Schulgeld für alle Gesundheitsfachberufe umgehend abschaffen.

Für die Fraktion:

Braga